

witnessed only once in centuries. Going forward, individual demands are expected to become more diverse and personal, while business will have to provide more value-added services to survive in an increasingly globalized economy. On the other hand, trans-boundary social problems, including environmental concerns and crime, are likely to become a pressing issue in many countries and regions." (p. 144) In the latter situation, adds Hong Kong SAR boss Thung Chee-Hwa, "a good government does two things: first, it responds quickly to the vagaries of the moment and deploys resources in a timely manner to solve the problems of the day; secondly, and perhaps more importantly, it does not lose sight of the bigger picture, of the trends and driving forces that will shape economic development in the long run." (p. 170)

However, in the best written article Manuel V. Pangilinan, president and chief executive of Philippine Long Distance Telephone Company, describes how in a remote province a satellite-based public calling station was inaugurated: "Everyone was there - all the residents and the local officials - and when her daughter answered, her voice coming crisp and clear from Chicago, the entire street erupted in applause. In that electrifying moment the small town knew its future would be different; its life would be changed forever." (p. 154)

Thus, how do these famous authors interpret the challenges of the future? A final outlook representing all authors would not have been useful. Instead, most authors come to their individual conclusions, for instance Edward Neloe, president and CEO of the Indonesian Bank Mandiri: "The transformation of the country's political, social and economic environment has required companies, including state-owned firms, to be more transparent and accountable. I am convinced that consistent implementation of good corporate governance will strengthen the foundations for future growth for our bank and for Indonesia." (p. 206, 207) But also the conclusion of Malaysia's Minister of Youth and Sports, Hishammuddin Tun Hussein, does not come as a surprise: "While the world now struggles to come to terms with the meeting of many different civilizations, Malaysia has long been in the vanguard. Since our independence 44 years ago, we have actively pursued a collaboration of civilizations as a way of life." (p. 271)

So better go back to the introduction, where the editors "are betting on an Asia that is an equal opportunity territory, is enabled by clear-sighted leaders with vision and focus, has transparent governance frameworks and solid governing institutions, is tightly integrated economically and globally at ease, remains respectful of national traditions and cultural distinctions. Is this too ambitious an agenda?" (p. XXI) Definitely, but it is still worth reading and thinking about.

Alexander Häntzschel

Aurel Croissant: Von der Transition zur defekten Demokratie. Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 330 S., 34,90 €

In seiner jüngst erschienenen Monografie beschäftigt sich Aurel Croissant mit der Konzeptionalisierung und der Empirie so genannter defekter Demokratien. Den

Hintergrund der Studie bildet die Tatsache, dass es nach der dritten weltweiten Welle der Demokratisierung (Huntington) nicht, wie von einer Reihe von Beobachtern erwartet (oder zumindest erhofft), zur Herausbildung liberaler Demokratien in vielen der entsprechenden Länder gekommen ist. Stattdessen weisen diese politischen Systeme, gemessen am Standard westlicher Verfassungsstaaten, Defizite in den Bereichen des Zugangs zu und der Kontrolle über politischer Herrschaft, der Bestimmung der politischen Agenda, der Gewaltenteilung und des Schutzes von Freiheitsrechten auf.

Im ersten substanziellen Kapitel der Studie arbeitet der Heidelberger Politikwissenschaftler die zentralen Prinzipien bzw. Dimensionen der liberalen Demokratie heraus und leitet hieraus in systematisierender Weise verschiedene idealtypische Arten "defekter Demokratien" ab. Das zweite Kapitel ist dem Analyserahmen der Untersuchung gewidmet, wobei Croissant hinsichtlich der Entstehungs- und Existenzbedingungen dieser verschiedenen Typen einen akteurszentrierten institutionalistischen Ansatz wählt, der zudem wichtige Kontextvariablen wie den sozioökonomischen und -kulturellen Kontext, den Typ des (vorangegangenen) autoritären Regimes und den jeweiligen Transitionsmodus, Faktoren der Staatlichkeit und der Nationenbildung sowie das internationale Umfeld berücksichtigt.

Im Mittelpunkt des empirischen Teils der Studie stehen mit den Philippinen, Südkorea und Thailand drei junge ostasiatische Demokratien. Dabei werden zunächst die unterschiedlichen Konstellationen des Übergangs zur Demokratie untersucht, bevor die einzelnen Dimensionen der aktuellen politischen Systeme analysiert werden. Croissant kommt dabei zu dem Ergebnis, dass in allen drei Ländern nach der Transition zunächst deutliche Anzeichen einer "Enklavendemokratie" gegeben waren, in denen demokratische nichtlegitimierte Gruppen wie das Militär die politische Agenda beeinflussten. In der Folge lassen sich jedoch deutliche Unterschiede aufzeigen: Während auf den Philippinen Probleme vor allem in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit ("illiberale Demokratie") existieren, werden in Bezug auf Thailand Defizite hinsichtlich der Teilhabe an und der Kontrolle über politische Herrschaft konstatiert (De-facto-Ausschluss von Bevölkerungsteilen bei Wahlen im Rahmen einer "exklusiven Demokratie"). In Südkorea schließlich liegt das zentrale Problem in der mangelhaften Kontrolle der Regierung durch das Parlament und die (Verfassungs-)Gerichtbarkeit; die bekannte "imperiale Präsidentschaft" führt hier zu einer "delegativen Demokratie".

Allgemein kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass "die Chancen zur Durchsetzung politischer Partizipations- und bürgerlicher Freiheitsrechte in jungen Demokratien um so schlechter sind, je segmentierter eine Gesellschaft, je niedriger ihr sozioökonomisches Entwicklungsniveau und je geringer der soziale [Streuungsgrad gesellschaftlicher] Machtressourcen ist". Solange wesentliche Teil der politischen Elite in den betreffenden Ländern nicht bereit sind, sich an rechts- und verfassungsstaatliche Prinzipien und Verfahren binden zu lassen, werden aus den defekten auch keine liberale Demokratien werden. In allen drei untersuchten Ländern ist jedenfalls die Beharrungskraft informeller institutioneller Arrangements trotz veränderter verfassungsrechtlicher und anderer formaler Rahmenvorgaben deutlich.

Bemerkenswert an der Studie des Heidelberger Politikwissenschaftlers ist die gelungene Verbindung von politikwissenschaftlichen Instrumentarium und regionaler Expertise. Während einige Leser möglicherweise bemängeln werden, dass keine landessprachlichen Quellen erschlossen wurden, tut dies aus Sicht des Rezensenten der Qualität der Analyse keinen Abbruch. Dem Leser wird ein bestens konzeptionell unterfütterter, konsequent umgesetzter Vergleich dreier relevanter Länderbeispiele präsentiert, der zahlreiche Ansatzpunkte für folgende Untersuchungen bietet. Dies gilt nicht nur in Bezug auf weitere Fallstudien junger Demokratien: Croissants Ausführungen reizen auch zu komplementären historisch-soziologischen Untersuchungen der behandelten politischen Systeme, die mittels einer konfigurativen Gesamtanalyse helfen könnten, das Verständnis weiterhin bedeutsamer informeller institutioneller Arrangements in den drei Demokratien zu vertiefen.

Croissants Studie ist in zumindest dreierlei Hinsicht anregend. Stimulierend ist zunächst die Aufbereitung einer Fülle relevanter empirischer Bezüge. Daneben bietet der konzeptionelle Teil eine gelungene Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen liberaler Demokratien. Schließlich lädt die Frage, ob diese zum Referenzmaßstab für die Analyse nichtwestlicher Demokratien gemacht werden sollten zur Diskussion ein – wobei nicht jeder Leser der Sichtweise von Croissant folgen wird. Stoff für Diskussionen bietet die Frage aber in jedem Fall. Klar ist dabei, dass sich junge Demokratien in verschiedenen Teilen der Welt nicht auf einem linearen Entwicklungspfad mit liberalen demokratischen Gemeinwesen als quasi "natürlichem" Endpunkt befinden. Eine derartige teleologisch orientierte Perspektive, die sich sowohl in der früheren modernisierungstheoretischen Literatur als auch in Teilen der Transitions-/Transformationsliteratur findet, wird denn auch explizit von Croissant abgelehnt, wenn auch gelegentlich Wendungen wie "Fortschritt", "Stagnation" oder "Erfolge auf dem Weg zur liberalen Demokratie" (S. 204, 205) in der Arbeit auftauchen. Etwas lesefreundlicher hätte die Studie hier und da durch den Verzicht auf politikwissenschaftlichen Jargon werden können – diesen hat diese gelungene und empfehlenswerte Arbeit nämlich nicht nötig.

Patrick Köllner

Jona A. Dohrmann: Directive Principles of State Policy in der indischen Verfassung unter Berücksichtigung der Staatszielbestimmungen des deutschen Grundgesetzes

Heidelberg: Ergon Verlag 2002, 296 S., 46 €

Die Entwicklung vieler moderner Verfassungen zeigt Tendenzen auf, Aufgaben des Staates näher zu bestimmen und staatliches Handeln in eine bestimmte Richtung zu lenken. Allein die Sicherung von Grundfreiheiten in der Verfassung wird bei der Lösung aktuell anstehender sozialer und wirtschaftlicher Probleme nicht mehr als ausreichend erachtet. Im Vordergrund steht die Errichtung einer "gerechten" Sozialordnung. Staatszielbestimmungen sind wichtige Bestandteile solcher Ordnungsentwürfe. Deren vielfältige Problematik und deren Umsetzung in Indien und in Deutschland stehen im Mittelpunkt der hier zu besprechenden Arbeit.